

# Niederschrift

## zur Beratung und Beschlussfassung des Stadtrates Sonthofen

vom 30. September 2008 Nr. 104

Mitglieder **31** anwesend **24** Beschluss mit **24** Stimmen gegen **0** Stimmen

---

öffentliche Sitzung

### Beratungsgegenstand:

Sonthofen gegen "ausbeuterische Kinderarbeit";  
Beschluss zur nachhaltigen Beschaffung bei der Stadt Sonthofen  
(Az.: 0241.432; 0269.41)

### Beratungsergebnis:

#### **Sachverhalt:**

---

1. Bürgermeister Buhl erinnert einleitend an die Informationsveranstaltung zum Thema „Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“, die am 22.09.2008 im Rathaus statt gefunden hat. Zu dieser Informationsveranstaltung waren alle Stadtratsmitglieder eingeladen.

Inhaltlich wird auf das Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung der PG`s „Soziale Stadt“ und „Agenda 21“ vom 25. Juni 2008 (siehe Anlage) und das Einladungsschreiben zur Informationsveranstaltung verwiesen, die alle Stadtratsmitglieder erhalten haben. Beide Schriftstücke sind der Originalniederschrift in **Anlage** beigelegt.

Das internationale Arbeitsamt in Genf schätzt, dass weltweit rund 250 Millionen Kinder illegal arbeiten. Besonders schlimm ist die Situation der rund 170 Millionen Kinder, die im Sinne der ILO-Konvention 182 schädliche oder gefährliche Arbeit verrichten, oder der rund 8 Millionen Kinder, die als Sklaven oder in Zwangsarbeit arbeiten. Die Konvention 182 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verbietet solche ausbeuterische Kinderarbeit. Doch leider wird die Konvention nicht in allen Ländern gleichermaßen beachtet. Die Bundesrepublik Deutschland ist diesem Übereinkommen mit Gesetz vom 11. Dezember 2001 beigetreten. Es trat am 18. April 2003 in Kraft.

In diesem Übereinkommen verpflichten sich die Vertragspartner, unverzüglich wirksame Maßnahmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu ergreifen.

In Bayern haben bereits 37 Städte, Gemeinden und Landkreise einen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst. Der Bayer. Landtag hat am 18. Juli 2007 als erstes deutsches Landesparlament einen derartigen Beschluss gefasst.

Die Stadt Sonthofen könnte im Oberallgäuer Raum Pilotfunktion übernehmen und als erste Kommune einen derartigen Beschluss fassen. Die Projektgruppen „Soziale Stadt“ und „Agenda 21/ Umwelt“, die sich mit dem Thema im Vorfeld befasst haben, empfehlen dies.

### **Rechtliche bzw. sonstige Beurteilung der Verwaltung:**

Die Vergaberichtlinien der Europäischen Union sehen in Art. 38 bzw. 26 explizid vor, dass öffentliche Auftraggeber zusätzliche Bedingungen für die Ausführungen eines Auftrages vorschreiben können. Dort heißt es: „Die Bedingungen für die Ausführung eines Auftrages können insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen.“

Das Bundeswirtschaftsministerium hat mit Schreiben vom 6. März 2008 bestätigt, dass beim Vergabewesen soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden können. Es sei demnach kein Problem, wenn ein öffentlicher Auftraggeber verlange, dass eine aus Schwellen- und Entwicklungsländern einzuführende Ware nicht durch Kinderarbeit oder Sklavenarbeit entstanden ist.

Die Bayer. Staatsregierung hat mit Datum vom 29. April 2008 eine Bekanntmachung zum öffentlichen Auftragswesen zur Vermeidung des Erwerbes von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit erlassen.

### **Übereinstimmung mit dem Leitbild und den Entwicklungsleitlinien der Stadt Sonthofen:**

Die Stadt Sonthofen hat sich in ihrem Leitbild und in verschiedenen Beschlüssen zur Agenda 21 zu einer nachhaltigen Entwicklung bekannt. Diese ist auch im Leitbild der Stadt verankert. Die Stadt Sonthofen kann durch ein eindeutiges Signal der Ächtung ausbeuterischer Kinderarbeit Vorbild sein für andere Kommunen, andere private Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Großabnehmer. Damit kann sie einen Anreiz für Produzenten und Händler schaffen, sich ernsthaft mit dem Problem der Kinderarbeit auseinander zu setzen.

Die Verwaltung schlägt dem Stadtrat daher vor, dass künftig bei Ausschreibungen nur noch Produkte und Dienstleistungen Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind oder deren Produzenten und Händler sich aktiv für einen Ausstieg aus der Kinderarbeit einsetzen. Ebenso lautet die gemeinsame Erklärung der Projektgruppen „Soziale Stadt“ und „Agenda 21/ Umwelt“.

### **Diskussion:**

Herr Deppe würde es sehr begrüßen, wenn der Stadtrat den heutigen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit fasst. Er ist der Meinung, dass damit eine Lawine der Selbsterziehung einsetzen wird. Doch diesen Prozess muss man zuerst in Gang bringen. Zwar werden die angestrebten Maßnahmen nicht gleich greifen, aber über mehrere Jahre hinweg kommt es sicherlich zu erfreulichen Verbesserungen bezüglich der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung und damit wird auch eine Verringerung der ausbeuterischen Kinderarbeit einhergehen.

Frau Bischoff-Koch schlägt vor, bezüglich dieser Thematik nicht noch mal eine eigene Arbeitsgruppe zu bilden, sondern in der Projektgruppe Agenda 21/Umwelt zu integrieren.

Sowohl Frau Wilhelm als auch Herr 1. Bürgermeister Buhl begrüßen diesen Vorschlag und sprechen sich ebenfalls dafür aus, die Thematik der ausbeuterischen Kinderarbeit in der Projektgruppe Agenda 21/Umwelt zu integrieren.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

---

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen der Stadt Sonthofen finden künftig nur noch Produkte Berücksichtigung, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Dies ist durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung nachzuweisen.
3. Die Öffentlichkeit und die Geschäftspartner der Stadt Sonthofen sind über den Beschluss zu informieren. Der Eigenbetrieb Stadtwerke soll angeregt werden, entsprechend zu verfahren.
4. Der Landkreis Oberallgäu und die Nachbarkommunen werden von der Stadt Sonthofen über den Beschluss informiert und gebeten ebenfalls Beschlüsse in diesem Sinn zu fassen.
5. Die Weiterverfolgung der Thematik wird der Projektgruppe Agenda21/Umwelt übertragen, in der Mitglieder der Stadtratsfraktionen, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft vertreten sind. Insbesondere gilt es, sich über den aktuellen Stand auszutauschen und Listen der betroffenen Produkte sowie der Herkunftsbereiche abzustimmen. Es werden auch abgegebene Verhaltenskodizes und Selbstverpflichtungserklärungen besprochen. Gegebenenfalls können falsche Angaben erkannt und damit verbundene Vertragsverstöße aufgedeckt werden.

Hubert Buhl  
1. Bürgermeister

Simone Häger  
Schriftführerin